



öffentlich

Betreff:

Jüdisches Alten- und Pflegeheim

Erstellungsdatum 09.08.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
30.08.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x
12.09.2006	Ausschuss für Gesundheit und Soziales		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Unterstützung die Stadt Potsdam der Jüdischen Gemeinde bei der Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes leisten kann.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Unter den in Potsdam lebenden jüdischen Mitbürgern sind etwa 30 % ältere Menschen. Der überwiegende Teil davon ist krank oder behindert und bedarf spezieller Pflege. Diese Menschen leben in Sozialwohnungen und erhalten Sozialhilfe bzw. Pflegegeld. Die Wohnungen sind nicht alters- bzw. behindertengerecht ausgestattet, und auch die Betreuung selbst bedarf einer Verbesserung. Eine religiöse Betreuung ist kaum möglich, und häufig sind die Menschen der deutschen Sprache nicht mächtig.

In nächster Zeit werden weitere jüdische Emigranten nach Potsdam kommen. Auch dadurch wäre die Schaffung eines solchen Heimes gerechtfertigt.

Nach unserer Kenntnis könnte die Jüdische Gemeinde ein Konzept zur Realisierung dieses Vorhabens erarbeiten und hat auch signalisiert, entsprechende Unterstützung seitens des Zentralrates und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland zu erhalten.